



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

Berlin, 24. Nov. 2004

## **Rossmann: Die Bekämpfung von Gewalt an Frauen bleibt eine wichtige Aufgabe**

Die Vereinten Nationen haben den 25. November zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen erklärt. Darin kommt zum Ausdruck, dass die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen nicht nachlassen darf und immer wieder thematisiert werden muss. Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann: „Dafür braucht es vor allen Dingen auch unkonventionelle, aber engagierte Bündnisse.“ Die gemeinsame Aktion der Bäcker-Innung Holstein im Kreis Pinneberg, der Gleichstellungsbeauftragten und des Arbeitskreises „Gewalt gegen Frauen“ ist hierbei für den Abgeordneten vorbildlich. Rossmann hat diese Aktivität auch finanziell unterstützt.

Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist davon auszugehen, dass fast jede dritte Frau in einer ehelichen oder nicht-

ehelichen Beziehung schon einmal Gewalt durch ihren Partner erfahren hat. Die Folgen von Gewalt sind für misshandelte Frauen vielfältig. Sie reichen von erhöhter Gefährdung für Leben und Gesundheit über den Verlust sozialer Kontakte bis hin zum Abstieg in Armut.

Um den Schutz vor häuslicher Gewalt zu verbessern, hat die rot-grüne Bundesregierung vor zwei Jahren mit dem Gewaltschutzgesetz in Gefahr geratenen Frauen eine zusätzliche Möglichkeit eröffnet. Der SPD-Bundestagsabgeordnete: „Neben der Entscheidung für das Frauenhaus kann die Frau jetzt den Täter aus der gemeinsamen Wohnung verweisen.“

Dieses Wegweisungsrecht hat sich als sehr wirksam erwiesen. Im Zusammenwirken mit den neuen Informationsrichtlinien der Polizei ist die Zahl der Betreuungsfälle dabei aktuell auch im Kreis Pinneberg massiv gestiegen. Rossmann fordert: „In dieser Situation darf es keine Verschlechterungen für die Arbeit von Frauenhäusern und Frauentreffs geben. Die CDU im Kreis Pinneberg steht hier in der Pflicht!“